

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 26.04.2023
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:49 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Rosema, Swantje

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Doris
Rehling, Gertrud

CDU-Fraktion

Ohling, Albert
Risius, Andrea

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André
Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

von Gliszczynski, Alexander

GfE-Fraktion

Martens, Michael

Gruppe DIE FRAKTION

Luitjens, Stefan

Beratende Mitglieder

Attar, Ziad, Dr.
Dannecker, Andy
Fielers, Stephan (bis 18:40 Uhr)
Fietz, Henning
Holle, Stefanie (bis 18:30 Uhr)
Kamer, Stefan
Kröger-Vodde, Erasmus
Löbnitz, Robin (bis 17:42 Uhr)
Malanowski, Jörn

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker Stadtrat

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

von der Verwaltung

Snakker, Kerstin
Philipps, Gaby
Hilbers, Sabine
Lisson, Carsten
Strauch, Constantin

Protokollführung

Rauch, Agnes

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Rosema bittet darum, den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen und vor Punkt 6 zu behandeln. Weiterhin bittet sie, die Tagesordnung um den TOP 2.1 zu erweitern, um die Verpflichtung von Herrn Löbnitz vornehmen zu können.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Rosema nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds, Herrn Robin Löbnitz, gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 01.12.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 01.12.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 18.01.2023

Beschluss: Das Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 18.01.2023 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Beitritt zum Verein „Gesundes Ostfriesland e.V.“ im Rahmen des Masterplans
Gesundes Ostfriesland
Vorlage: 18/0741

Frau Snakker führt aus, die Stadt Emden und der Landkreis Aurich hätten sich im Zuge der Planungen für das Zentralklinikum auch mit Fragen auseinandergesetzt, die über die Nutzung des jetzigen Standortes und auch des Zentralklinikums hinausgehen würden. Man habe seinerzeit gesagt, dass man das Themenfeld Gesundheit strategisch aufbereiten und einen Masterplan Gesundes Ostfriesland aufbauen möchte. Das Ganze basiere auf dem Masterplan Innovative Daseinsversorgung, der vor einigen Jahren in der Region Weser-Ems erstellt worden sei mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Pflege. Der Masterplan Gesundes Ostfriesland baue darauf auf und man habe entschieden, dass man sich u. a. auch mit den Themenfeldern eines Netzwerkes und auch mit dem großen Thema Fachkräfte beschäftigen wolle.

Frau Snakker erklärt, in der Zwischenzeit habe mit verschiedenen Stakeholdern aus dem Bereich Gesundheit und Pflege zwei Workshops stattgefunden. Dabei habe man überlegt, mit welchen Themenfeldern man sich beschäftigen wolle. Diese Auswahl habe sie in der Vorlage aufgeführt.

Weiter teilt sie mit, Anfang Mai sei ein weiteres Treffen geplant, bei dem man sich mit dem Thema Vereinssatzung beschäftigen wolle. Damit sich die Stadt Emden in diesen Verein einbringen könne, werde der Beschluss des Rates benötigt. Aus diesem Grunde werde die Vorlage heute beraten. Im Moment wisse man zwar noch nichts über die Höhe der Beiträge, halte aber die Arbeit dort für sehr wichtig, um gerade bei den Themenfeldern Fachkräftemangel, Versorgung und Digitalisierung voranzukommen.

Frau Rosema bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse stellt fest, im Grunde genommen sei alles erklärt. Man müsse mit anderen Kommunen und Netzwerken kommunizieren, um diese Dinge auf den Weg zu bringen. Gerade auch die Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe sei wichtig, da viel Pflegepersonal fehle. Auch sei es von Bedeutung, Praxis und Theorie miteinander zu verknüpfen und Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Bereichen zusammenzuführen. Abschließend fragt sie an, ob es eventuell auch eine andere Alternative als die Gründung eines Vereins geben würde.

Frau Snakker stellt heraus, in der letzten Sitzung seien verschiedene Möglichkeiten vorgestellt worden. So sei neben dem Verein auch über Genossenschaft und Gesellschaft gesprochen worden. Letztendlich habe man entschieden, dass eine Struktur benötigt werde, um das Ganze bewerkstelligen zu können. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Verein das einfachste Modell sei. Wenn sich eine gewisse Stabilität entwickelt habe, könne man es später auch in eine andere Struktur überführen.

Herr Grendel ergänzt, man bewege sich in einem Feld, welches sehr viele Auswirkungen habe. Am Ende gehe es darum, ob man eine Struktur oberhalb der kommunalen Grenzen etablieren und verfestigen könne. Der Verein biete die geringste Einstiegsschwelle und man müsse tatsächlich erproben, ob man das Ganze institutionalisieren und mit Personal versehen könne.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Herr von Gliszczynski hebt hervor, die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen und wünsche dem Verein viel Erfolg. Er wirft die Frage auf, wenn die Themen Gesundheitsförderung und Prävention zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet werden sollen, wann dieser spätere Zeitpunkt denn sei.

Frau Snakker erwidert, die Auswahl habe im letzten Workshop anhand einer Priorisierung durch die anwesenden Teilnehmer stattgefunden. Ihrer Ansicht nach sollte man erst einmal ans Arbeiten kommen, um dann zu schauen, wie schnell man mit den verschiedenen Themen durch sei, um dann nach und nach die anderen Themen angehen zu können. Man dürfe sich zu Beginn nicht zu viel vornehmen. Prävention sei mit Sicherheit ein großes Thema, welches auf jeden Fall im Hinterkopf behalten und aufgearbeitet werden sollte.

Herr Ouedraogo erklärt, auch er begrüße den Beitritt zum Verein. Seiner Meinung nach werde man zukünftig keine andere Wahl haben, über das Thema Gesundheit nachzudenken. Abschließend fragt er an, ob man es schaffen könnte, auch das Thema Integration in dieses Feld miteinzubringen.

Herr Grendel bedankt sich für den Impuls. Seiner Ansicht nach habe in diesem Fall, wenn es um Gesundes Ostfriesland gehe, das Thema Integration ganz viele Facetten. Eine Facette sei, wie könne man Menschen versorgen, die einen anderen Zugang zum medizinischen System und andere Ansprüche an medizinische Systeme hätten. Ein weiteres Thema sei der Fachkräftemangel und ob man hier Kräfte von außen heranzuführen könne. Es würde gut ausgebildete Pflegekräfte in verschiedenen Schwellenländern geben, die man sicherlich auch gewinnen könnte. Die Frage sei aber, welche Auswirkungen dies auf die Gesundheitssysteme dieser Länder habe, wenn man dort Abwerbungen betreibe. Auch müssten sich viele Menschen, die hergekommen seien, aufgrund ihrer Berufsausbildung, die hier nicht anerkannt sei, umschulen lassen. Es sei wichtig, in so einem Projekt alle diese Dinge mitzudenken. Aber in Bezug auf den Fachkräftemangel könnte die Lösung nicht lauten, dass aus anderen Ländern massiv Fachkräfte abgeworben und hier angesiedelt würden. Das müsse in einem gesunden Verhältnis stehen, die Heimatländer dürften nicht über Gebühr beansprucht werden.

Frau Snakker bemerkt, in einer der Arbeitsgruppen zum Thema Fachkräfte habe man auch die Koordinierungsstelle Migration eingebunden.

Frau Risius stellt heraus, bei diesem komplexen Thema sei ihr nicht klar, warum ein Verein gebildet werde. Ihr sei nicht klar, aus welchen Mitglieder sich der Verein zusammensetze, wie der Vorstand gebildet werde und was eigentlich der Mehrwert im Gegensatz zu den jetzigen Strukturen sei. Auch würde die Höhe des Mitgliedsbeitrages noch nicht feststehen und was davon finanziert werde.

Frau Snakker entgegnet, Mitglieder könnten alle Stakeholder aus dem Gesundheits- und Sozialbereich werden. Der Landkreis Aurich habe sich bereits entschieden, dem Verein beizutreten. An den Workshops hätten sich viele Menschen beteiligt, die sich einbringen wollen. Neben Ärzten seien Vertreter der Krankenkassen sowie der Wohlfahrtsverbände vor Ort gewesen. Bezüglich der Höhe der Mitgliedsbeiträge habe man die 1.000 € eingesetzt, um eine Zahl zu haben. Da die Satzung noch nicht vorliege, würde es auch noch keine Beitragsordnung geben. Wenn man etwas aufbauen wolle, seien damit Kosten verbunden. Dazu sollten zunächst die Mitgliedsbeiträge verwendet werden.

Weiter führt Frau Snakker aus, es sei immer schwierig, eine Struktur zu finden. Auch stelle sich die Frage, wer das Ganze schwerpunktmäßig begleiten würde, zumal man es eigentlich nicht nur auf kommunale Beine stellen wolle. Aus dem Mitgliederbestand heraus werde dann der Vorstand gebildet. Man sehe den Vorteil darin, mehr Menschen dazu zu bewegen, sich dort zu engagieren.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Daher wolle man das Ganze sehr offen gestalten, um aus den Institutionen, die vor Ort seien, Mitglieder zu gewinnen. Abschließend stellt sie fest, als Verein habe man noch einmal andere Möglichkeiten, ggf. auch an Fördermittel zu kommen.

Anmerkung der Protokollführung:

Auch Privatpersonen ist es möglich, Mitglied im Verein zu werden und sich in die Vereinsarbeit einzubringen

Herr Kamer teilt mit, die Wohlfahrtsverbände würden den Beitritt zum Gesunden Ostfriesland natürlich begrüßen. Frau Holle von der Caritas sei in diesem Verbund vertreten. Er wolle daran erinnern, dass u. a. auch die Hochschule in diesem Verbund sei, aber auch gleichzeitig in der Zukunftskonferenz, wo er als Vertreter der Wohlfahrtsverbände dabei sei. Er gibt zu bedenken, dass man hier keine Parallelstrukturen aufbauen dürfe, weil auch dort Schwerpunkte wie Fachkräftemangel, Fachkräftesicherung und ähnliche Themen behandelt würden. Beide Kreise seien seiner Ansicht nach wertvoll, denn sie würden aus verschiedenen Akteuren bestehen. Da sei es wichtig, dass diese irgendwie zusammengeführt würden. Dann habe man für Ostfriesland eine gute Richtung.

Herr Göring erklärt, er begrüße diese Vernetzung außerordentlich. Auch könne die Mitgliedschaft in einem Verein gekündigt werden. Somit sei dieses nicht unbedingt auf Dauer angelegt. Sicherlich hätte jeder diese Priorisierung anders gemacht, aber er gehe davon aus, dass sich dort Fachleute zusammengesetzt und sich erst einmal Gedanken über den regionalen Bereich gemacht haben. Unter den Teilnehmenden seien durchaus Partner, die ohnehin schon Gesundheitsförderung und Prävention betreiben würden. Seine Prioritäten seien Ausbildung und Fachkräftemangel, denn das sei die Grundlage. Ohne genügend Mitarbeitende könnten viele Stellen nicht besetzt und somit nicht ausreichend das gemacht werden, was man sich vielleicht wünschen würde.

Herr Martens erklärt, dieses sei ein sehr interessantes Projekt, welches man unterstützen müsse, zumal das Norder Krankenhaus geschlossen habe und man nicht wisse, was auf die Stadt Emden zukomme. Er halte diesen Masterplan normalerweise für überfällig, da er schon viel früher hätte kommen müssen. Der Fachkräftemangel sei seit Jahren bekannt. Die demografische Entwicklung sei ebenfalls seit Jahren bekannt. Seiner Ansicht nach habe man viel zu spät auf alles reagiert. Von daher sei dieses jetzt ein richtiges Instrument.

Herr Grendel stellt heraus, die Aussage von Herrn Martens erzeuge den Eindruck, in der Vergangenheit sei seitens der Stadt Emden nichts gegen den Fachkräftemangel getan worden. Das sei bei Weitem nicht so, denn es sei für viel Geld in Emden eine Krankenpflegeschule umgebaut worden, die BBS sei mit einer Koordinierungsstelle unterstützt worden, um die generalistische Ausbildung, die seitens der Regierung vorgeschrieben worden sei, umzusetzen. Dabei habe diese durchaus Schwächen, da sie Praktika in den Krankenhäusern auch für die Altenpflege vorsehen würde. Durch die viel höheren medizinischen Voraussetzungen als die frühere Altenpflegeausbildung habe sie auch höhere Abbrecherquoten.

Weiter führt Herr Grendel aus, hier gehe es nunmehr um eine Ebene der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Trägern dieser gesundheitspräventiven und gesundheitsvorsorgenden Institutionen und deren Maßnahmen. Dieses sei sozusagen die Erweiterung der lokalen Bemühungen, die überall schon stattgefunden hätten. Man sei zu der Erkenntnis gekommen, dass die lokalen Maßnahmen nicht ausreichen würden. Aber daraus jetzt abzulesen, es sei nichts getan worden, sei völlig ungerechtfertigt. Dieses wolle er klarstellen.

Herr Martens entgegnet, er habe nicht gesagt, dass nichts passiert sei. Seiner Meinung sei viel zu wenig passiert. Er habe mit großer Freude gesehen, dass die Ausbildung der Pflegeschülerinnen und -schüler im Krankenhaus halbwegs funktioniere. Aber wenn er lese, dass

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

in Norden das Krankenhaus von heute auf morgen geschlossen werde, sei er sehr erstaunt und müsse feststellen, dass das nicht das gewesen sei, was vorher erzählt worden sei.

Frau Holle bemerkt, sie finde die Initiative sehr gut und wichtig. Eine Initiative, die fast ostfrieslandweit unterwegs sei, sei sehr zukunftsweisend. Sie habe bei dem Treffen viele Netzwerke knüpfen können und das allein sei schon eine große Chance. Nur so könne es gehen, wenn man sich dem komplexen Thema widmen wolle. Es seien viele Themen. Daher sei es gut, dass diese priorisiert worden seien. Wenn man die komplette Themenlandschaft angegangen wäre, hätte man nicht arbeiten können. Weiter erklärt sie, sie begrüße es, dass es ein Verein sei, in dem alle Mitglied werden und sich beteiligen können. Es verpflichte die einzelnen Teilnehmer noch einmal mehr, sich zu beteiligen. Etwas Besseres, als dieser Vorlage heute zuzustimmen, könne man eigentlich nicht machen.

Auf die Frage von **Herrn von Gliszczynski**, ob der Landkreis Leer auch gefragt worden sei, antwortet **Herr Grendel**, er sei eingeladen gewesen, habe aber nicht teilgenommen.

Auf die Frage von **Herrn von Gliszczynski**, ob der Landkreis Leer auch gefragt worden sei, antwortet **Herr Grendel**, er sei aktuell nicht einbezogen, da das Projekt als flankierende Maßnahme zum Großprojekt Zentralklinikum entstanden sei, werde aber perspektivisch in der Zukunft ebenfalls eingeladen.

Beschluss: Die Stadt Emden tritt dem Verein "Gesundes Ostfriesland e.V." bei. Die Vertretung im Verein wird durch die Fachbereichsleitung Gesundheit und Soziales wahrgenommen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Sachstand Neustrukturierung Rettungsdienst - Auflösung der Beauftragung RKSH e.V.
Vorlage: 18/0743

Herr Grendel bemerkt einleitend, die von ihm vorbereitete Präsentation zu diesem Thema werde er nachliefern, da sie aus technischen Gründen im Moment nicht verfügbar sei.

Anmerkung der Protokollführung

Die PowerPoint-Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Grendel führt weiter aus, die Gründe für die Auflösung der Beauftragung mit dem RKSH seien hinreichend bekannt. Bereits im Herbst letzten Jahres habe man versucht, dem Fachkräftemangel beim RKSH entgegenzusteuern, indem man ihm unabhängig von der Genehmigung der Kostenträger zugestanden habe, nach Tarif einzustellen, um Personal zu akquirieren. Leider habe dieses nur kurzfristig zu einer Verbesserung geführt, sodass man im Januar erneut vor der Situation gestanden habe, dass nicht ausreichend Personal vorhanden sei. Daraufhin habe man gemeinsam entschieden, die Beauftragung zum 31.03.2023 aufzulösen. Herr Grendel geht kurz auf die Hintergründe des Beauftragungsvertrages ein und erläutert diese.

Weiter erklärt er, es habe natürlich einige Besprechungen gegeben, da die Verhandlungen über Kosten im gegenseitigen Einvernehmen ausgehandelt werden müssten. Besonders freue er sich darüber, dass es nach mehreren Dienstbesprechungen gelungen sei, 9 von 10 Mitarbeitende des RKSH zum Rettungsdienst der Stadt Emden überführen zu können. Es seien auch

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Perspektivgespräche mit den jeweiligen Personen geführt worden, die nunmehr alle tarifvertragskonforme Verträge in ihren alten Vergütungsgruppen erhalten hätten.

Parallel dazu seien Stellenanzeigen geschaltet und Bewerbungsgespräche durchgeführt worden, sodass der Bestand noch einmal um 5 Personen verstärkt und somit die Sollstärke erreicht werden konnte. Einzig bei der Stellenbesetzung der Betriebsleitung habe es eine zeitliche Störung gegeben, aber auch hier sei man zuversichtlich, dass dieses in den nächsten Wochen geregelt werden könne. Somit habe man im Grunde genommen diesen Teil RKSH zurückgeführt in den optimierten Regiebetrieb. Die Auflösung der Gesellschaft sei man ebenfalls schon angegangen. Die entsprechenden Beschlüsse würden in den nächsten Wochen in der Gesellschafterversammlung gefasst. Damit hätte man erst einmal wieder die Ausgangssituation und die gesamte Struktur liege im optimierten Regiebetrieb bei der Stadt Emden.

Herr Grendel bemerkt weiter, der Ankauf von Fahrzeugen und Material sei durch die Beiträge der Kostenträger durchfinanziert und stehe durch den Wegfall der Beauftragung im Budget zur Verfügung. Somit seien die Kosten für die Fahrzeuge und auch für das Gebäude gedeckt. Das Gebäude in der Wolthuser Straße sei Eigentum des RKSH und sei damals in die Beauftragung eingebracht worden. Im Moment stehe man vor dem Abschluss eines Mietvertrages im Emdener GründerInnenzentrum, sodass allen Mitarbeitenden dort auch eine adäquate Unterbringung zur Verfügung stehen würde. Vor dort aus könne die zweite Rettungswache bedient werden. Diese Nähe zum Ostteil der Stadt sei wichtig, da auch für Oldersum der Notfalldienst mitübernommen werden solle. Abschließend stellt Herr Grendel fest, mit der neuen Aufstellung des Rettungsdienstes könne man nunmehr ganz zuversichtlich in die Zukunft schauen

Frau Rosema bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls für die Informationen. Er bittet um Auskunft, was mit der Fläche in der Petkumer Straße passiere, die ursprünglich vom RKSH für einen Neubau der Wache angedacht gewesen sei. Bezüglich der Informationspolitik der Mitarbeitenden sei er etwas überrascht gewesen, da diese für Unruhe gesorgt hätte.

Herr Grendel entgegnet, das Grundstück werde zu dem Preis, den der RKSH dafür bezahlt habe, mit allen Bauunterlagen und der bestehenden Baugenehmigung übernommen. An dem Plan für den Bau einer Rettungswache direkt am Autobahnzubringer werde festgehalten, da dieses ein idealer Standort sei. Bezüglich des Vorwurfs, dass die Mitarbeitenden nicht richtig informiert worden seien, führt er aus, es habe drei Sitzungen mit den Mitarbeitenden gegeben. Leider hätten nicht alle dieses Angebot wahrgenommen. Daraufhin seien noch schriftliche Informationen verschickt worden. Er bemerkt weiterhin, zu Personalangelegenheiten dürfe er sich öffentlich nicht äußern. Abschließend nimmt Herr Grendel Stellung zu dem Prozedere und erläutert dieses.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Ehrensache – Emdener Preis für junges Engagement
Vorlage: 18/0745

Herr Dübbelde stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den neuen Emdener Preis für junges Engagement vor. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und die geleistete Arbeit. Seiner Meinung nach werde es Zeit, dass die jungen Menschen für ihr Engagement eine Anerkennung erfahren.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Frau Kruse hält diese Aktion für eine sehr gute Sache. Da sie auch in der Jury sitzen würde, freue sie sich auf die Bewerberinnen und Bewerber und auf die Verleihung der Preise. Gleichzeitig müsse man sich aber auch bei dem Sponsor bedanken, ohne den es keine Preise geben würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 9 Darstellung des Aufgabenbereiches der Mitarbeitenden des Frauenhauses Wann und wer bekommt dort Hilfe und was für Beratungen werden dort angeboten?;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2023-
Vorlage: 18/0742

Frau Rosema begrüßt die Vertreterinnen des Frauenhauses, Frau Horstkamp und Frau Kramp, und bittet zunächst die Antragstellerin um ihre Erläuterung.

Frau Kruse erklärt, da die Arbeit im Frauenhaus nicht so bekannt sei, wie es eigentlich sein sollte, habe ihre Fraktion diesen Antrag gestellt. Sie freue sich, dass heute über den vielschichtigen Aufgabenbereich berichtet werde.

Frau Horstkamp und **Frau Kramp** bedanken sich für die Einladung. Zunächst möchten sie erwähnen, dass es nunmehr einen positiven Förderbescheid für einen Neubau geben würde, über den sie sich sehr freuen würden. Anschließend stellen sie gemeinsam anhand einer PowerPoint-Präsentation die Zahlen und Fakten, die Ziele der Frauenhausarbeit, die Zielgruppe, die Rahmenbedingungen, die Arbeit und die Gesetze vor. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich für die tiefgründigen Informationen. Er erkundigt sich, wie damit umgegangen werde, wenn plötzlich der Partner einer der Frauen vor der Tür stehe und z. B. mitten in der Nacht Probleme bereiten würde.

Frau Kramp entgegnet, bei einer Frau aus Emden sei die Nähe zum Täter vorhanden. Zwar sei das Frauenhaus anonymisiert, doch wer sich in ein Taxi setze und zum Frauenhaus wolle, werde dort auch hingefahren. Die Situation, dass ein Partner vor dem Frauenhaus stehe, habe man tatsächlich auch schon des Öfteren gehabt. Doch die Frauen seien gut instruiert, die Rufbereitschaft sei immer im Hintergrund und würde sofort herkommen. Außerhalb des Tagdienstes werde die Polizei sofort informiert. Hier kooperiere man sehr eng. Die Frau würde dann auch anonym weitervermittelt werden. Es geht einerseits um den Schutz der Frau und auf der anderen Seite auch um den Schutz der anderen Frauen und Kinder im Haus.

Frau Horstkamp ergänzt, es werde auch immer der Einzelfall angeschaut. Es würde auch Ehemänner geben, die auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen würden und ganz gespannt schauen würden, was im Haus los sei. Hier reiche manchmal auch ein Kontakt- und Näherungsverbot aus, welches die Frau beim Amtsgericht beantragen müsse.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Vorstellung und die Möglichkeit, etwas mehr von der Arbeit des Frauenhauses erfahren zu können. Er bittet um nähere Erläuterung der Altersbegrenzung Frauen ab 18 Jahre und Jungen bis 12 Jahre.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Frau Horstkamp führt aus, es würden Frauen ab 18 Jahre aufgenommen. Für Minderjährige sei das Jugendamt zuständig. Es bestehe bei den Jungen aktuell die Altersgrenze, da auch die Räumlichkeiten so gegeben seien. Mit dem Neubau könne über diese Altersgrenze noch einmal nachgedacht werden.

Herr von Gliszczynski bedankt sich ebenfalls für den informativen Vortrag und gratuliert zum Förderbescheid. Er fragt an, was mit den Jungen passiere, die älter als 12 Jahre seien.

Frau Horstkamp entgegnet, es werde im Einzelfall geprüft, ob z. B. eine Unterbringung in einer anderen Einrichtung möglich wäre, die hier in der Nähe sei. Aber es würde auch Frauenhäuser geben, die Jungen aufnehmen würde, die älter als 12 Jahre seien.

Frau Kruse bedankt sich bei Frau Horstkamp und Frau Kramp für den sehr guten Vortrag. Sie freue sich, dass die vielseitige und vielschichtige Arbeit des Frauenhauses nunmehr dargestellt worden sei. Besonders freue sie sich auch über den Förderbescheid, um den viele Menschen lange gekämpft hätten. Damit könnten die Bedingungen im Frauenhaus verbessert werden. Abschließend bedankt sie sich für die nicht ganz einfache Arbeit bei Frau Horstkamp und Frau Kramp.

Herr Martens gratuliert ebenfalls zum Förderbescheid. Er richtet die Frage an die beiden Vertreterinnen des Frauenhauses, welche Wünsche sie an die Politik hätten.

Frau Horstkamp stellt die Gegenfrage, welche Unterstützung seitens der Politik denn angeboten werden könne. Es sei ihr sehr wichtig, dass das Thema häusliche Gewalt weiterhin in Emden in der Öffentlichkeit bleibe und sehr viel Prävention betrieben werden könne.

Frau Philipps bedankt sich für den Vortrag und erklärt, sie habe sich sehr gefreut, dass dieser Antrag gestellt worden sei. Zwar nehme sie selten an der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration teil, aber dieser Punkt sei auch ein Thema der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Emden. Man arbeite ja schon etwas über einem Jahr im Bündnis zusammen. Am 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“, sei dieses Thema mit verschiedensten Aktionen in die Öffentlichkeit gebracht worden. So habe man Informationsmaterial in der Emden Innenstadt verteilt. Innerhalb dieses Vormittags seien sie von drei Frauen unabhängig voneinander angesprochen worden, die diese Aktion begrüßen würden und vor Jahren selbst in der Situation gewesen seien. Ihrer Ansicht nach sei es sehr wichtig, immer wieder auf das Thema häusliche Gewalt aufmerksam zu machen. Abschließend bedankt sie sich für den Antrag und richtet ihre Glückwünsche an alle, die sich im Rahmen der Beantragung der Fördergelder eingesetzt hätten.

Herr Grendel bedankt sich für die Darstellung der so wertvollen Arbeit, die nicht nur für die Stadt Emden, sondern für den ganzen Staat geleistet werde, da die Frauen ja teilweise auch ortsfrem untergebracht würden. Dieses sehr wichtige Instrument sei über Niedersachsen vernetzt und funktioniere vorbildlich. Dass das Emden Frauenhaus in einem schlechten Zustand sei und dass ein solches Förderprogramm drei Jahre brauche, um zu einer Entscheidung zu kommen, wolle er jetzt nicht mehr kommentieren.

Die Stadt Emden investiere jedes Jahr 171.000 € Betriebskosten in das Frauenhaus. Das Land Niedersachsen würde noch einmal 80.000 € für den Betrieb hinzugeben. Bezüglich des Fördermittelbescheides erklärt Herr Grendel, seiner Ansicht nach werde man mit der Kostenschätzung aus dem Jahr 2021 in Höhe von 1,5 Mio. € nicht sehr weit kommen. Man habe sie bewusst nicht aktualisiert, um das gesamte Förderverfahren nicht zu gefährden. Nunmehr freue man sich, dass einerseits ein Fördermittelbescheid in Höhe von 1,1 Mio. € vorliege und man andererseits die Stiftung Hermann und Cäcilie Isensee als Bauträger gewinnen haben könne.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

Dadurch habe man die Möglichkeit, ggf. Mehrkosten über die Stiftung abzuwickeln und über ein entsprechendes Mietverhältnis zu refinanzieren. Dieses sei einfacher, als wenn neue Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssten. Zumal der Haushalt gerade erst genehmigt worden sei.

Weiter führt Herr Grendel aus, auch würde man sich hier nicht im Bereich der freiwilligen Ausgaben befinden. Die Versorgung sowie die Unterbringung der Frauen sei eine sogenannte freiwillig pflichtige Aufgabe. Wenn kein Frauenhaus vorgehalten werde, müssten die Frauen extern untergebracht werden, was auch bezahlt werden müsste. Seiner Ansicht nach müsse eine kreisfreie Stadt in der Größenordnung ein eigenes Angebot schaffen, um auch anderen Kommunen im Ausgleich Plätze anbieten zu können.

Herr Grendel stellt heraus, wenn man sich das Gesamtkonstrukt anschauere, stelle man fest, dass dort viel Arbeit und Abstimmung dahinterstecke. Er bedankt sich dafür bei dem Team des Frauenhauses. Die Verpflichtungen aus dem Förderprogramm und die innovativen Ansätze müssten Stück und Stück umgesetzt werden. Weiterhin müsse eine wissenschaftliche Evolution nachgehalten und mit entsprechendem Material dokumentiert werden.

Frau Kruse stellt abschließend fest, die dahintersteckende politische Arbeit sei gewesen, die Herren Saathoff, Dr. Philippi und auch Matthias Arends einzuschalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Strauch führt bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten in Emden aus, dass die Barenburgschule, die ja über ein Jahr ausschließlich für Geflüchtete aus der Ukraine genutzt worden sei, seit dem 06.04.2023 nicht mehr genutzt werde, da alle Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnungen untergebracht werden konnten. In diesem Jahr hätten fast 500 Personen zeitweise in der Barenburgschule gelebt. In der Cassens Villa in Larrelt seien momentan 43 Personen aus der Ukraine untergebracht.

Anschließend bemerkt Herr Strauch, die Stadt Emden habe auch einen neuen Erlass des Innenministeriums erhalten. Die sogenannte Aufnahmequote regelt, wie viele Personen eine Kommune aufzunehmen habe. Die neue Quote gelte für den Zeitraum April bis September. Demnach müsse Emden in diesem Zeitraum 119 Personen aufnehmen. Da aber bereits im Vorzeitraum mehr Menschen aufgenommen worden seien als vorgeschrieben worden sei, müssten für den Zeitraum bis September nunmehr lediglich 40 Personen aufgenommen werden. Diese Personen könnten dezentral untergebracht werden, sodass eine Sammelunterkunft derzeit nicht benötigt werde. Er betont, jedoch handele sich hierbei um eine Prognose. Unvorhersehbare Ereignisse in anderen Ländern könnten dazu führen, dass die Stadt Emden doch mehr Personen zugewiesen bekäme als das Land derzeit sage.

Weiter erklärt Herr Strauch zum Thema Wohngeldreform, das Wohngeld sei zum 01.01.2023 sehr ausgeweitet worden. Der Berechtigtenkreis habe sich auch in Emden wesentlich vergrößert. Zum jetzigen Zeitpunkt habe man die 2,8-fache Menge an Neuanträgen an Wohngeld im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Zu Beginn des Jahres sei es sogar die 4,5-fache Menge an Anträgen gewesen. Dennoch würde man immer noch bei einer Bearbeitungszeit von vier Wochen und im Vergleich zu den umliegenden Kommunen und im Bundesvergleich vorne liegen. Auch würde es keinen großen Bearbeitungsstau geben. Ursächlich dafür sei, dass schon sehr frühzeitig 1,5 Stellen zusätzlich in der Wohngeldbehörde geschaffen worden seien, um die Anträge schnell bearbeiten zu können. Dadurch sei es auch nicht notwendig gewesen, die sogenannte vorläufige Entscheidung zu nutzen, bei der erst die Anträge durchbewilligt würden, ohne die Anspruchsvoraussetzungen zu prüfen. Zu einem späteren Zeitpunkt werde dann geprüft, ob

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 26.04.2023

dieser Anspruch überhaupt bestehe. Seiner Meinung nach werde hierbei das Problem lediglich nach hinten verschoben.

Frau Snakker ergänzt bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten, die Stadt Emden habe im zurückliegenden Zeitraum mehr Menschen aufgenommen, da der Stadt Emden eine deutlich höhere Quote vom Land mitgeteilt worden sei. Im Nachgang seien diese Zahlen nach unten reduziert worden, was zu einer neuen Quote für den zurückliegenden Zeitraum geführt habe. Seinerzeit sei seitens der Stadt Emden die Quote bereits übererfüllt worden. Frau Snakker bedankt sich für die umfangreiche Unterstützung aus dem großen Netzwerk aus Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen, Jobcenter, Ehrenamtlichen etc. im Rahmen dieser Flüchtlingswelle. Dadurch habe man einen sehr guten Ablauf gehabt und alles schaffen können.

Weiter teilt Frau Snakker mit, es sei schon mehrfach über das Thema Härtefallfonds gesprochen worden. Anfang April sei die Vereinbarung vom Land eingegangen, die unterzeichnet worden sei. Im Moment würde es danach aussehen, dass die Stadt Emden ab dem 08.05.2023 mit dem Härtefallfonds an den Start gehen könne. Dazu würden noch eine gesonderte Pressemitteilung und entsprechende Information im Internet der Stadt Emden bereitgestellt.

Herr Grendel bezieht sich noch einmal auf die Unterbringung von Flüchtlingen und erklärt, man müsse den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen ganz großen Dank aussprechen. In dieser Phase seien unzählige Überstunden angefallen. Durch den zweimaligen Umzug seien zweimal neue Strukturen aufzubauen gewesen. Das alles sei hervorragend mit einem außerordentlichen Engagement gelungen. Da dieses auch teilweise zur Ermüdung der Mitarbeitenden geführt habe, sei er für diese Atempause sehr dankbar. Auch sei er sehr froh darüber, dass man sich für die Nordseehalle als vorübergehenden Unterbringungsort entschieden habe. Im Nachhinein sei dieses genau der richtige Weg gewesen. Die Barenburgschule werde als Ankunftszentrum erst einmal erhalten, da in den Wintermonaten wieder mit einer neuen Quote zu rechnen sei. Dann könne man dort in der bewährten Struktur die Aufnahme und die Vermittlung in Wohnraum vornehmen.

TOP 11 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.